



ML München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 03.02.2025

Antrag:

Landes-Paragrafen-Bremse I: Parkentgelt-Erhebung Kommunen überlassen

Die Stadtverwaltung wird gebeten, sich beim Freistaat Bayern dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Entbürokratisierung auf Landesebene, nun auch die Vorgaben an die Kommunen zu Parkhöchstgebühren abgeschafft werden, nachdem durch das Erste Modernisierungsgesetz Bayern die staatlich angeordnete Stellplatzbaupflicht ab Oktober 2025 aufgehoben und die Anordnung einer Stellplatzbaupflicht in das Ermessen der Gemeinde gestellt wird.

Der Freistaat wird aufgefordert, lediglich eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage festzuschreiben, auf deren Basis Kommunen künftig entsprechend ihren örtlichen Verhältnissen frei entscheiden dürfen, ob und wieviel Parkgebühren sie im öffentlichen Raum erheben.

Begründung:

Die aktuelle Regierungskoalition im Freistaat Bayern hat vereinbart verzichtbare bürokratische Regelungen des Staates in der laufenden Legislaturperiode des Staates abzuschaffen. Dies kann, richtig angegangen, neben der Einsparung von Bürokratiekosten die Handlungsfreiheit von kommunalen Gebietskörperschaften und Privaten im Sinne der Subsidiarität stärken.

Die staatlicherseits verordnete Stellplatzbaupflicht hat in der Vergangenheit zum Bau vieler ungenutzter Stellplätze in Wohnanlagen geführt, ökonomischer und ökologischer Unsinn.

Die staatlicherseits verordnete Parkhöchstgebührenregelung hat dazu geführt, dass in Großstädten Parkraum auf öffentlichem Grund nicht zu marktgerechten Preisen bewirtschaftet wird, sondern öffentliche Grundstücke für Parkraum weit billiger zur Nutzung angeboten werden als Grundstücke für Wohnraum, ebenfalls ökonomischer und ökologischer Unsinn.

Geringverdiener, die statistisch weit seltener ein eigenes Auto besitzen als Gutverdiener, subventionieren über ihre Wohnungsmieten und ihre Steuern die Tiefgaragenstellplätze und Straßenrandparkplätze der Gutverdiener. Das ist nicht nur eine soziale Umverteilung von den Ärmern zu den Reichen, sondern auch statt einer Subventionierung von umweltfreundlichem Verzicht auf ein Auto eine Subventionierung von umwelt- und klimaschädlichem Autobesitz.

Die Städte und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Parkraumpolitik gestalten. Dazu ist es erforderlich, dass sie in einem abgestimmten Konzept sowohl über die Stellplatzbaupflicht auf Privatgrund, als auch über die Anzahl und Bepreisung der Stellplätze im öffentlichen Raum frei entscheiden können. Bei einer Reduzierung der Stellplätze auf Privatgrund steigt die Nachfrage nach Stellplätzen auf öffentlichem Grund und umgekehrt. Neben den ordnungsrechtlichen Vorgaben, wo wie viele Stellplätze zu errichten sind, bedürfen die Städte und Gemeinden gleichzeitig der freien marktwirtschaftlichen Steuerungsmöglichkeit der Festlegung der Höhe der Parkgebühren.

Sonja Haider

Verkehrspolitische Sprecherin, Stadträtin

Tobias Ruff

Fraktionsvorsitzender, Stadtrat

Nicola Holtmann, Stadträtin

Dirk Höpner, Stadtrat